

Stellungnahme der Gewerkschaft ver.di zur Hochschulstrukturplanung des Landes Sachsen-Anhalt

(Fassung 27.3.2014)

1. Vorbemerkungen

Im vorliegenden Entwurf wird von einem Wegfall von 3.328 Studienplätzen ausgegangen. Wir stellen fest, dass das Wissenschafts- und Wirtschaftsministerium (MW) mit dem vorgelegten Entwurf an dieser Stelle gegen den Willen des Landtages agiert. Dieser hatte beschlossen, dass eine aktive Absenkung der Studierendenzahlen und der Studienplätze nicht verfolgt wird. Insofern steht dies im eklatanten Widerspruch zum Beschluss des Landtages (Landtagsdrucksache 6/2291).

Der Landtag hat ebenfalls beschlossen, dass die weitere Entwicklung der Hochschulen des Landes gemeinsam mit Rektoren, Studierendenschaften und Personalvertretungen erarbeitet wird. Das ist jedoch bisher nicht geschehen. Da die im vorliegenden Papier enthaltenen Vorschläge direkte Auswirkungen auf Personalwirtschaft, Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation an den Hochschulen des Landes haben, ist dies nicht nur eine Verletzung des vom Landtag gewollten demokratischen Verfahrens, sondern darüber hinaus der Mitbestimmungsrechte der Personalräte.

Insbesondere hinsichtlich der pauschalen Kürzungsvorschläge für die Fachhochschulen und der konkreten Vorschläge zu Schließungen einzelner Fakultäten vermissen wir inhaltliche Begründungen und Folgeabschätzungen. Das MW beruft sich auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrats (WR), die diesem Papier zugrunde gelegt worden seien. Dabei ist übersehen worden, dass der WR ausdrücklich empfiehlt, die staatlichen Zuschüsse nicht zu senken und die Studienstrukturen beizubehalten. Unverständlich ist ebenfalls, dass mit Verweis auf den sog. „Bernburger Frieden“ eine über das Haushaltsjahr 2015 hinaus reichende Absenkung der Budgets um bis zu 8 Mio. € quasi als vereinbart gilt.

Aus unserer Sicht können die Hochschulen des strukturschwachen Landes Sachsen-Anhalt keine weiteren Budgetkürzungen verkraften. Bereits in den vergangenen Jahren haben die Hochschulen eklatante Kürzungen hinnehmen müssen.

- Strukturanpassungen wegen der Absenkung der Budgets um 28,8 Mio. Euro ab 2006,
- Personalverstärkungsmittel wegen Tarifsteigerungen werden nur zu 90 % ausgezahlt, d. h. 10 % müssen die Hochschulen „erwirtschaften“,
- kein Inflationsausgleich (Sachkosten, insbesondere Betriebskosten),
- Absenkung des Wissenschaftsetats um 16,5 Mio. Euro. 2014
- wachsender Aufwand für Aufrechterhaltung der Drittmittelfähigkeit

Diese Kürzungen hatten zur Folge, dass die Hochschulen mittlerweile finanzielle Defizite angehäuft haben. Als Beispiel sei hier die Martin Luther Universität Halle-

Wittenberg (MLU) mit ca. 9 Mio. € genannt. Auch heute schon werden Stellen nicht nachbesetzt, Berufungen verschoben und teilweise gar nicht vorgenommen. Der Abbau des bereits vorhandenen Defizits allein würde für die MLU die Schließung einer ganzen Fakultät bedeuten.

Im Moment können die Hochschulen nur wegen der durch den Bund zur Verfügung gestellten Hochschulpaktmittel den Studienbetrieb aufrechterhalten.

Es gibt keine plausible Erklärung dafür, dass das Land Sachsen-Anhalt die Zuschüsse kürzen muss.

Hochschulen sind Wirtschaftsfaktoren für die Städte und für das Umland. Die im Auftrag des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft 2013 veröffentlichte Studie „Hochschulen als regionaler Wirtschaftsfaktor“ stellt heraus, dass die wirtschaftlichen Effekte von Hochschulen für ostdeutsche Bundesländer eine herausragende Rolle spielen. Danach steigern die Hochschulen Sachsen-Anhalts das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 7,4 %, was einem BIP-Zuwachs von 3,8 Mrd. Euro entspricht! Laut dieser Studie ist die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt durch die Wirkung der Hochschulen 1,3 Prozentpunkte niedriger!

Gleichzeitig bringen Hochschulen höhere Steuereinnahmen für die Landeskasse. Dazu führt Prof. Dr. Thomas Lenk, Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management der Universität Leipzig, in der Studie „Wertschöpfungs- und fiskalische Effekte der Martin-Luther-Universität Halle“ 2013 folgendes aus: „Allein durch Personalaufwand und Steuern entstand auf direkter Ebene ein Wertschöpfungseffekt von 106,7 Millionen Euro. Auf indirekter Ebene - durch Einkäufe der Universität und der rund 20.000 Studierenden - entstanden weitere 391,8 Millionen. Daraus ergibt sich ein so genannter Wertschöpfungs-Multiplikator von 3,7. Das bedeutet: Jeder Euro, den das Land Sachsen-Anhalt investiert, zieht in der Region 3,70 Euro an Wertschöpfung nach sich. Zudem verbleiben direkt 7,6 Millionen Euro im Jahr in den öffentlichen Haushalten der Region die durch Steuer- und Abgabenzahlungen der MLU und ihrer Studierenden geleistet werden. Addiert werden können auf indirekter Ebene noch einmal 11,7 Millionen Euro als Folge der Wertschöpfung, die ebenso direkt den öffentlichen Haushalten im Land zur Verfügung stehen“.

Nicht zuletzt muss sich auch Sachsen-Anhalt den Herausforderungen des demografischen Wandels stellen. Hochschulen sind die Einrichtungen, welche der negativen demografischen Entwicklung entgegenwirken. Der WR stellt in seinem Gutachten klar: „So zeigen etwa jüngere Tendenzen in der Bevölkerungsentwicklung, dass die Hochschulen schon jetzt eine Schlüsselrolle in dem Bemühen spielen, den demografischen Wandel abzubremsen und Sachsen-Anhalt auch für qualifizierte junge Menschen aus anderen Bundesländern attraktiv zu machen. Lediglich im Hochschulbereich ist es gelungen, den Wanderungssaldo von Studierenden auszugleichen.“

Zusammenfassend ist festzustellen, dass es weder wissenschaftliche, wirtschaftliche noch fiskalische Indikatoren gibt, die eine Kürzung und Zerstörung funktionierender

Hochschulstrukturen erfordern. Auch die Prognosen für die potentiellen Studienanfängerzahlen gehen von einer gleichbleibend hohen Nachfrage aus. Im Gegenteil spricht alles dafür, alle Anstrengungen zu unternehmen, eine aufgabengerechte Finanzierung der Hochschulen zu gewährleisten.

2. Zu konkreten Details nehmen wir wie folgt Stellung:

Das Strukturpapier sieht an beiden Universitäten in summa eine Reduzierung der Studienplätze um 3.328 vor. Da die jeweils betroffenen Bereiche einerseits stark nachgefragt werden und andererseits teilweise in die Lehramtsausbildung eingebunden sind, muss man hier tatsächlich von einem weitaus höheren Abbau von Studienplätzen ausgehen. Mehrere hundert Arbeitsplätze wären ebenfalls betroffen. Nicht abschätzbar sind die Auswirkungen auf den postgradualen Sektor, insbesondere Promotionen. Zu den Kürzungen an den Fachhochschulen nennt das MW zwar keine konkreten Abbauziele für Studienplätze, jedoch führt auch hier der Mittelentzug zu einer spürbaren Streichung von Studienplätzen.

Das MW legt hierzu leider erneut keine Folgeabschätzungen für das Land und die Regionen vor.

An der Otto-von-Guericke-Universität (OvGU) sollen die Humanwissenschaften geschlossen werden. Dieses hätte zur Folge, dass man sich von dem Ausbauziel einer Volluniversität verabschiedet. Die Ausbildung der Berufsschullehrer würde damit entscheidend geschwächt, da ein breites Fächerspektrum nicht mehr gegeben wäre. Außerdem wäre zur Kompensation der 2.245 abzubauenen Studienplätze eine deutlich höhere finanzielle Anstrengung zur Schaffung entsprechender Studienplätze in den Ingenieurwissenschaften nötig.

An der MLU sollen die Institute und Bereiche für Informatik, Geowissenschaften, Medien- und Kommunikationswissenschaften, Psychologie, Sport und das Studienkolleg geschlossen werden. Dabei ist ein Abbau von 1.083 Studienplätzen vorgesehen. Zunächst hätten die Schließungen verheerende Auswirkungen auf die Lehramtsausbildung. Informatiklehrer/innen würden nicht mehr ausgebildet. Ebenso entfielen die Ausbildung von Geographielehrer/innen. Die vom MW vorgeschlagene Ausbildung in Leipzig ist mehr als unrealistisch, da es an der Universität Leipzig keinen entsprechenden Studiengang gibt. Eine Verlagerung der Sportlehrerausbildung nach Leipzig erscheint wegen der aktuellen Stellenkürzungen an der Uni Leipzig ebenfalls nicht realistisch.

Das MW benennt keine Argumente, aus denen gerade diese Bereiche zur Schließung vorgeschlagen werden. Weshalb aber gerade die gut nachgefragten Medien- und Kommunikationswissenschaften mit ihrer engen Verzahnung mit Unternehmen in Halle, warum in einem durch Bergbau und Altlasten geprägten Bundesland die Geowissenschaften zur Disposition gestellt werden, wieso die für die Wirtschafts- und die Bioinformatik benötigte Informatik geschlossen werden soll, weshalb dringend benötigte Spezialisierungen von Psychologen nicht mehr ausgebildet werden sollen und warum die Sportwissenschaften, die bei minimaler

personeller Ausstattung in Verbindung mit den Ernährungswissenschaften Studiengänge mit Alleinstellungsmerkmal anbieten, wird völlig im Unklaren gelassen.

Wir verweisen insbesondere für weitere Details auf die jeweilige Stellungnahme der Personalräte der OvGU und der MLU. Die vor allem in letztgenannter Stellungnahme aufgezeigte finanzielle Folgenabschätzung machen wir uns zu Eigen und fordern eine solche vom Ministerium für alle Hochschulstandorte ein.

Prekäre Beschäftigung

ver.di fordert nachdrücklich die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Daueraufgaben in Forschung und Lehre müssen durch unbefristet beschäftigtes Personal erledigt werden. Dem Trend, aus Gründen der Flexibilität einen immer größer werdenden Teil der Neueinstellungen nur noch befristet vorzunehmen, muss Einhalt geboten werden. Wir vertreten u.a. die Auffassung, dass die Hochschulen Mindeststandards für die Beschäftigung wissenschaftlichen Personals setzen müssen. Andernfalls ist eine Karriere- und Familienplanung kaum möglich. Bei Wissenschaftler/innen führt eine befristete Einstellung außerdem nach LVVO noch zu einer Halbierung der Lehrverpflichtungen und damit zu weiteren Studienplatzverlusten.

Schließung des Studienkollegs

Es ist von großem Vorteil für die Hochschulen des Landes, dass sie zunehmend für ausländische Studierende attraktiv sind. Das ist zweifellos im Landesinteresse und fördert zudem die gewollte und notwendige Internationalisierung unserer Hochschulen. Zu Recht fordert das MW von den Hochschulen ein Internationalisierungskonzept ein. Völlig unverständlich bleibt deshalb die beabsichtigte Schließung des Studienkollegs in Halle. Die Gewerkschaft ver.di lehnt die Schließung kategorisch ab.


Studentenwerke

Die Studentenwerke leisten einen hohen Beitrag für einen erfolgreichen Studienverlauf. Ihre Leistungen sind in vielen Fällen maßgeblich für die Wahl des Studienortes. Die soziale und psychosoziale Beratung wird aufgrund der steigenden Belastung der Studierenden zunehmend in Anspruch genommen. Dadurch werden nicht zuletzt die Zahl der Studienabbrüche reduziert, die immense Kosten verursachen. Bereits in den vergangenen Jahren sind die Zuschüsse für die Studentenwerke massiv gesunken. Die nunmehr beabsichtigte komplette Streichung gefährdet den gesetzlichen Auftrag und schwächt den Hochschulstandort Sachsen-Anhalt nachhaltig.

Fazit:

Aus den genannten Gründen können wir nicht erkennen, dass der vorliegende Entwurf dazu beiträgt, die Hochschullandschaft des Landes weiter zu entwickeln. Er erscheint uns darüber hinaus kaum geeignet, Grundlage für eine konstruktive Diskussion über die Zukunft der Hochschulen zu sein. Wie bereits ausgeführt, sind Begründungen entweder nicht dargestellt oder nicht nachvollziehbar. Stattdessen würden bei der Umsetzung der Vorschläge des MW nachhaltige Schäden in der Hochschulstruktur, aber auch für die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung des Landes entstehen. Wir fordern vom Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft, schnellstens einen Diskussionsprozess zu führen, der unter Einbeziehung aller maßgeblichen Akteure, insbesondere der Betroffenen (Studierende, Beschäftigte, Städte und Gemeinden, Unternehmen) das Ziel verfolgt, zukunftsorientierte, ausfinanzierte Hochschulen zu schaffen, die ihren immer weiter wachsenden Aufgaben gerecht werden können.

Leipzig, d. 21. April 2014


Anne Voß
Landesfachbereichsleiterin
ver.di Landesbezirk SAT
FB Bildung, Wissenschaft und
Forschung